

08.07.2019

Niederschrift 002/2019

Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung

am 04.06.2019 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 18:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Angelika Chur

Vertretung für Frau Sabina Müller

Frau Martina Eickhoff

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Vertretung für Herrn Hartmut Ganzke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Carsten Böckmann

Vertretung für Frau Martina Plath

Herr Wilfried Feldmann

Vertretung für Herrn Olaf Lauschner

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Helmut Krause

Vertretung für Herrn Stephan Wehmeier

Herr Herbert Krusel

Herr Gerhard Meyer

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Patricia Esther Morgenthal

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Vertretung für Herrn Markus Werthebach

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Dieter Albert

Vertretung für Herrn Michael Klostermann

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert

Herr Norbert Diekmännken

Frau Birgit Diers

Dezernent

Fachbereichsleiter Arbeit und Soziales

Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung /Schriftführerin

Abwesend:

Kreistagmitglieder SPD

Herr Hartmut Ganzke

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Sabina Müller

Herr Klaus-Peter Winkler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Olaf Lauschner

Frau Martina Plath

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Stephan Wehmeier

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Markus Werthebach

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Michael Klostermann

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 23.05.2019 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|----------------|--|
| Punkt 1 | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | Gewerbeflächenentwicklung;
Bericht Herr Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) |
| Punkt 3 | 096/19 Prüfung der Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine
Kreisgesellschaft |
| Punkt 4 | Aktuelles zur Arbeit des Jobcenters Kreis Unna;
Bericht Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna |

- Punkt 5** 061/19 Beabsichtigte Einstellung der ESF-Förderung der Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen stoppen;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.04.2019
- Punkt 6** 086/19 Finanzierung des sozialen Arbeitsmarktes im Kreis Unna;
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2019
- Punkt 7** 097/19 Einführung einer sogenannten YouCard zur Vereinfachung der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.05.2019
- Punkt 8** Jahresbericht Kennzahlen (WOS und Produkthaushalt);
mündlicher Bericht
- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Gewerbeflächenentwicklung;
Bericht Herr Dr. Michael Dannebom, Geschäftsführer
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)**

Erörterung

Herr Dr. Dannebom berichtet über die Gewerbeflächenentwicklung ausführlich anhand einer Präsentation (Anlage 1). Er teilt mit, dass mit der Woolworth-Ansiedlung die Zeit der großen Logistikflächenansiedlung vorbei sei. Derartig große Flächen gebe es nicht mehr und man werde sie auch nicht mehr bekommen. Durch Abriss bestehender Objekte könne sich künftig selbstverständlich eine andere Entwicklung ergeben, aber bei der Wirtschaftsförderung sei diesbezüglich sicherlich ein Ende erreicht.

Herr Dr. Dannebom beantwortet Nachfragen von Herrn Nadolski-Voigt zur Nutzung der im Eigentum befindlichen Flächen und führt aus, dass brachliegende Logistikflächen oft unerreichbar seien, da kein Verkauf gewünscht sei. Dennoch wünsche er sich durchaus eine Wiedernutzung brachliegender Flächen und daran werde auch massiv gearbeitet. Daraufhin ergibt sich eine von Herrn Meyer angeregte kurze Diskussion über die Nutzung bzw. den Erwerb brachliegender Gebäude durch Kommunen.

Herr Dr. Dannebom berichtet über konzeptionelle Überlegungen innerhalb der WFG, welche auch mit dem Aufsichtsrat diskutiert würden. Eine abschließende Entscheidung stehe aber noch aus.

Herr Dr. Dannebom beantwortet Nachfragen von Herrn Prof. Dr. Hofnagel. Dieser regt an, dass es bezüglich der Kraftwerkstandorte einen gemeinsamen Appell der Kreise und Kommunen an das Land geben müsse. Es sei bekannt, dass Unternehmen beim Verlassen der Kraftwerkstandorte nicht verpflichtet seien, den Standort herzurichten und der Allgemeinheit zu übergeben; das stelle ein großes Defizit dar. Er möchte gerne wissen, was verbessert werden bzw. wie der Kreis Unna aktiver werden könne.

Die Thematik der Kraftwerkstandorte sei sehr vielschichtig, so Herr Dr. Dannebom. Die Wirtschaftsförderung hätte, gemeinsam mit dem Kreis und den Städten Lünen, Bergkamen und Werne, mit der Grundlagenarbeit begonnen. Das Land müsse zur Hilfestellung aufgefordert werden, das könne auch über einen Beschluss des Kreistages erfolgen, für den wiederum die Wirtschaftsförderung bereit sei, entsprechende Eckpunkte zusammenzustellen. Das Land würde ohne entsprechende Antragstellungen nicht aktiv, das sei die Problematik und daran werde gearbeitet. Bei Interesse könne er gerne zu einem späteren Zeitpunkt hierzu ausführlicher berichten.

Frau Lindstedt bedankt sich für den Bericht und macht darauf aufmerksam, dass es wichtig sei, die Thematik in die eigenen Kommunen mitzunehmen.

Herr Nadolski-Voigt bedankt sich ebenso für den Bericht und regt an, dass die Wirtschaftsförderung überlegen müsse, wie der Flächenverbrauch aus klimapolitischer Sicht reduziert werden könne.

Abschließend beantwortet Herr Dr. Dannebom weitere Nachfragen aus dem Gremium, die von Herrn Nadolski-Voigt und Herrn Stalz.

Punkt 3 096/19 Prüfung der Überführung von Angeboten der Werkstatt im Kreis Unna in eine Kreisgesellschaft

Erörterung

Herr Wiggermann führt in die Thematik ein und teilt mit, dass heute eine fachpolitische Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss bzw. den Kreistag erfolgen solle.

Die SPD-Fraktion unterstützt das Vorhaben, so Frau Lindstedt. Die Werkstatt hätte sich in den mehr als 30 Jahren ihres Bestehens in vielfältiger Weise entwickelt. Die entwickelten Tätigkeitsbereiche, die zwar nicht alle den Kreis Unna betreffen, sollten überprüft werden, um positive Ergänzungen und Entwicklungen mitnehmen zu können.

Herr Stalz sagt ebenso die Unterstützung durch die Freien Wähler zu.

Auch die Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm unterstützt die Drucksache, aber nicht in vollem Umfang, so Herr Prof. Dr. Hofnagel. Der Beschlusstext sollte im Sinne der Erläuterungen im Sachbericht der Drucksache präzisiert werden. Es handele sich um ein sehr komplexes Feld und das müsse dezidiert betrachtet werden. Benannt werden müsse, was zu prüfen sei, zum Beispiel ob eine GmbH übernommen werde, welchen Wert sie hätte und welche Lasten und Reserven vorlägen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meldet Beratungsbedarf an, so Herr Nadolski-Voigt. Seiner Fraktion hätte einfach die Zeit für entsprechend detaillierte Beratungen gefehlt; innerhalb der Fraktion stünden noch einige Fragen offen.

Ebenso meldet Herr Meyer für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an. Er macht deutlich, dass das keineswegs eine Kritik an der Arbeit der Werkstatt darstelle.

Herr Prof. Dr. Hofnagel spricht sich dafür aus, das Vorhaben heute positiv zur Kenntnis zu nehmen und es zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion legt Wert darauf, dass sie den Prüfauftrag unterstütze, so Frau Lindstedt. Die Meinung des Fachausschusses sollte in jedem Fall in der Niederschrift festgehalten werden.

Herr Wiggermann erklärt, dass es bisher grundsätzlich Gepflogenheit sei, bei Beratungsbedarf die Entscheidung entsprechend zu vertagen. Da aber in der Vergangenheit viele Entscheidungen vertagt worden seien, macht er deutlich, dass es für einen Fachausschuss selbstverständlich sein müsse, über Inhalte zu beraten und zu entscheiden. Dennoch sei er bereit dazu, sich einer Entscheidung, keine Beschlussfassung zu treffen, anzuschließen.

Herr Göpfert macht deutlich, dass der vorliegende Beschlussvorschlag ausschließlich der Sachverhaltsaufklärung diene. Der Beschlussvorschlag werde auf Seite 5 des Sachberichts inhaltlich präzisiert.

In jedem Fall sollte ergebnisoffen geprüft und die Varianten zur Übernahme sollten entsprechend skizziert werden, so Herr Prof. Dr. Hofnagel. Er regt an, während der Prüfung bereits mögliche Varianten zu skizzieren, damit im Falle einer Entscheidung zur Übernahme eine Grundlage vorläge.

Herr Wiggermann fasst zusammen, dass alle Aussagen festgehalten worden seien. Er bittet um Verständnis bezüglich seiner Anmerkung, aber er hätte das Gremium zu einer Entscheidung bewegen wollen. Wenn das heute nicht möglich sei, dann akzeptiere er das. Er wünsche sich für das nächste beratende Gremium, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben, mehr Klarheit zur Thematik.

Punkt 4 **Aktuelles zur Arbeit des Jobcenters Kreis Unna;**
Bericht Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna

Erörterung

Herr Ringelsiep teilt mit, dass heute in Berlin der Auftakt zur konzertierten Aktion Pflege stattgefunden hätte. Bei der konzertierten Aktion Pflege gehe es unter anderem um einen Tarifvertrag, differenzierte Mindestlöhne, Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch im Kreis Unna sei man bereits aktiv geworden.

Im ersten halben Jahr werde man bei den Kosten der Unterkunft (KdU) voraussichtlich mit einem Wert von ca. 43 Millionen Euro abschließen. Der Jahreswert sei auf 90 Millionen Euro festgesetzt worden, man werde voraussichtlich unter diesem Wert bleiben. Die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit, 524 im Jahresdurchschnitt, hätte man aufgrund der Flüchtlingskrise noch nicht erreichen können. Dennoch sei er mit den Werten zufrieden, ohne Asylflucht läge die Jugendarbeitslosigkeit bei 481 und mit Asylflucht bei 579.

Der Bund hätte diese Region neu zusammengestellt und eine Statistik besage, ausgehend von einem Wert aus Oktober 2013, dass sich die KdU landesweit im Durchschnitt um 8,6 Prozent erhöht hätten. Im Kreis Unna seien die KdU in der Zeit 5,3 Prozent geringer geworden. Unter anderem hätte man das durch gute Integrationsarbeit erreicht.

Die Langzeitarbeitslosigkeit sei landesweit um 4,4 Prozent gestiegen und im Kreis Unna um 5,6 Prozent zurückgegangen. Das resultiere aus der guten Arbeit von Wirtschaftsförderung und Jobcenter. Aktuell könne er berichten, dass das Jobcenter den Zuschlag für ein Projekt mit dem Thema Kommunikation erhalten habe. Im Detail gehe es um die Gestaltung hausinterner Prozesse. Das Jobcenter wolle an Quantität, Qualität, Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit arbeiten und das Projekt werde hilfreich sein, um hausinterne Prozesse verbessern zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt antwortet Herr Ringelsiep, dass das Jobcenter ebenso den Zuschlag für das Projekt „rehapro“ erhalten habe. Das Problem sei, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine nachgeordnete Behörde beauftragt hätte und diese jetzt Personalmangel hätte. Der Start werde sich voraussichtlich bis Oktober verzögern. Es stehe aber fest, dass es eine Stellenaufstockung geben und die Projektlaufzeit angehängt werde.

Herr Meyer lobt die gute Arbeit der Geschäftsführung und der Mitarbeiter des Jobcenters. Das Jobcenter arbeite durchaus mit einer schwierigen Klientel zusammen und hätte überproportional gute Ergebnisse erzielt. Er bittet Herrn Ringelsiep, den Dank an seine Mitarbeiter weiterzugeben.

Frau Lindstedt schließt sich den Worten von Herrn Meyer an.

**Punkt 5 061/19 Beabsichtigte Einstellung der ESF-Förderung der Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen stoppen;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.04.2019**

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt erläutert den von seiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag und bittet um Zustimmung.

Frau Lindstedt teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag positiv gegenüberstehe und ihn unterstütze.

Herr Meyer führt aus, dass diese Zentren aus Sicht der CDU-Fraktion entbehrlich seien. In diesem Segment gebe es genügend Fachexpertise und die positiven Zahlen des Jobcenters würden deutlich machen, dass das Instrument nicht benötigt werde.

Die Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm meldet Beratungsbedarf an, würde sich aber im Falle einer Abstimmung enthalten, so Herr Prof. Dr. Hofnagel.

Herr Göpfert erläutert die Hintergründe und teilt mit, dass es im Kreis Unna aktuell sieben Arbeitslosenzentren gebe. Diese würden vom Land jeweils mit einer Festbetragsfinanzierung von 15.600 Euro pro Jahr ausgestattet. Aufgabe dieser Zentren sei die Schaffung einer niederschweligen Angebotsstruktur mit der Zielsetzung, den SGB II-Kunden soziale Kontakte zu ermöglichen und beim Aufbau sozialer Kontakte zu helfen. Sie sollen versuchen, die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit abzumildern und dazu beitragen, in weitergehende Beratungsangebote zu vermitteln. Des Weiteren gebe es

im Kreis Unna aktuell zwei Erwerbslosenberatungsstellen mit einer jährlichen Festbetragsfinanzierung von 66.336 Euro. Die Aufgabe dieser Beratungsstellen sei die Unterstützung von Ratsuchenden bei ihrer beruflichen Entwicklung, Lotse für Qualifizierungs- und Beratungsmöglichkeiten zu sein, SGB II-Kunden zur wirtschaftlichen und psychosozialen Situation zu beraten und die rechtskreisübergreifende Vermittlung und Antragstellung im Bereich Kindergeld, ALG II und weiterer Leistungen zu unterstützen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, sich gegenüber der Landesregierung für die Fortsetzung der Fördermittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) einzusetzen, damit der Erhalt der Arbeitslosenzentren / der Erwerbslosenberatungsstellen im Kreis Unna und die konzeptionelle Einbindung gerade beim Ausbau des Sozialen Arbeitsmarktes über 2020 sichergestellt ist.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

11 Ja-Stimmen (7x SPD-Fraktion, 2x Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1x Linksfraktion, 1x Freie Wähler); **4 Nein-Stimmen** (CDU-Fraktion); **1 Enthaltung** (GFL-Lünen / UWG-Selm)

Punkt 6 086/19 Finanzierung des sozialen Arbeitsmarktes im Kreis Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2019

Erörterung

Die SPD-Fraktion bittet um Unterstützung des gestellten Antrages, so Frau Lindstedt.

Herr Meyer führt aus, dass sich die CDU-Fraktion vorstellen könne, sofern rechtlich möglich, neben den Kommunen auch die nicht gewerbsorientierten sozialen Unternehmen zu berücksichtigen. Eine Übertragung auf den gewerblichen Bereich solle nicht erfolgen, denn das sei zu weitreichend. Dahingehend wünsche sich die CDU-Fraktion eine Ergänzung des Prüfauftrages.

Herr Wiggermann schlägt vor, zunächst den Bericht der Verwaltung anzuhören und erst danach zu beraten.

Herr Göpfert berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 2).

Es gebe 200 Beschäftigungsverhältnisse im kommunalen Bereich, aber es existiere ein Gesamtvolumen von über 400 möglichen Beschäftigungsverhältnissen, so Herr Meyer. Egal welchen Förderweg man einschlage, voraussichtlich bliebe man immer bei ca. 220 Beschäftigungsverhältnissen stehen. Daher die Überlegung, nicht gewinnorientierte Unternehmen einzubeziehen.

Die Verwaltung werde weiterhin prüfen, so Herr Göpfert. Vielleicht gebe es diesbezüglich bis zur Sitzung des Kreistages am 02.07.2019 eine andere Sichtweise.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Antrag und wird zustimmen, so Herr Nadolski-Voigt.

Herr Wiggermann fasst zusammen, dass die im Antrag angeregte Prüfung bereits laufe und die Abstimmung über den Beschlussvorschlag verschoben wird.

Herr Krusel bittet die Verwaltung, eventuelle Zwischenberichte während der Prüfung an die Politik weiterzuleiten.

**Punkt 7 097/19 Einführung einer sogenannten YouCard zur Vereinfachung der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.05.2019**

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt erläutert den von seiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag, so Frau Lindstedt. Es müsse sich nicht zwingend um die YouCard handeln, andere Vereinfachungen seien auch akzeptabel. Ebenso sei es wichtig, dass entsprechende Informationen an die Adressaten, wie Schulen, Kindertagesstätten oder Vereine, gelangen. Dort müsste mehr angeboten werden, damit die Anspruchsberechtigten vor Ort davon profitieren könnten.

Auch die CDU-Fraktion unterstützt den Antrag, so Herr Meyer. Allerdings wüsche er sich für die Prüfung die Einbindung der Auswirkungen des bundesweiten „Gute-KiTa-Gesetzes“ und der Erfahrungen von mischfinanzierten (eingebrachte Eigenmittel freier Träger und zusätzlich akquirierte temporäre Finanzquellen aus Fördermitteln) Kommunen. Das solle für mehr Klarheit sorgen.

Herr Nadolski-Voigt betont, dass es sich um einen Prüfauftrag handele und teilt mit, dass durch die YouCard ein geringerer bürokratischer Aufwand entstände. Er erläutert die diesbezügliche Vorgehensweise bei der Stadt Hamm.

Herr Prof. Dr. Hofnagel sagt für die Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm ebenso Unterstützung zu. Er regt an, zu prüfen, ob man statt der YouCard auch über den elektronischen Weg, zum Beispiel über eine App, aktiv werden könne.

Herr Göpfert führt aus, dass das Sachgebiet Teilhabe- und Förderleistungen zurzeit mit der Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum Bundesteilhabegesetz NRW zum 01.01.2020 voll ausgelastet sei. Das Gesetz bringe sehr viele Änderungen mit sich. Der Prüfauftrag werde gerne entgegengenommen, er bittet um Nachsicht, die Prüfung nicht mehr in diesem Jahr abschließen zu können.

Herr Diekmännken berichtet zur Thematik anhand einer Präsentation (Anlage 3).

Auf Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt antwortet Herr Ringelsiep, dass das Jobcenter das Ganze mittrage und sich den Wünschen des kommunalen Trägers anpasse.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Einführung einer sogenannten YouCard zur Nutzung der Angebote nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (angelehnt an das gleichnamige Produkt der Stadt Hamm) im Kreis Unna zu überprüfen.

